

Entwicklungshilfe

KAMPF DER DROGE HUNGERHILFE

- 5 Wenn sich mit schöner Regelmäßigkeit die Welthungerhilfe in Gestalt unseres Bundespräsidenten an den "deutschen Wohlstandsbürger" wendet, dann erschrickt niemand über eine Politik, die "Hungerkatastrophen" so fest einkalkuliert, daß sie ihnen gleich eine eigene Institution widmet. Keiner empört sich über die Unverfrorenheit, mit der Staat und Kirche nach der Logik „Das Elend in der 3. Welt gibt es wegen der mangelnden Hilfe durch uns“, den Bürgern die Verantwortung zuschreiben.
- 10 Keiner ärgert sich darüber, daß mit herrschaftlicher Autorität an sein Gewissen und seinen Geldbeutel appelliert wird. Im Gegenteil. Jeder hält das für anständig, auch wenn er deswegen nicht gleich sein Scherflein beitragen will. Es scheint die leichteste Übung, die Frage, wie das Elend *produziert* wird und welche Rolle unsere spendenauffreudigen Politiker dabei spielen, für gänzlich überflüssig zu halten. Stattdessen läßt man sich die Frage nach "deinem",
- 15 "unserem", „aller" Beitrag zur"Abhilfe" stellen. Denn es gehört sich angeblich nicht, nach Gründen zu fragen, wenn Millionen verhungern, sondern man soll sich moralisch verpflichtet fühlen, jedesmal wenn die Öffentlichkeit beschließt, in irgendeinem Landstrich sei wieder einmal das als normal tolerierte Maß der Not überschritten.

Humanität für Staaten und Regionen

- 20 Die Verantwortlichen und die Öffentlichkeit machen sich den geforderten Standpunkt fragloser Humanität allerdings keineswegs zu eigen. Ihrer Betrachtung der Not gegenüber sind die früher geläufigen kleinen Opfer der Nächstenliebe, mit denen man als christlicher Mensch zur wachsenden Not eine milde Gabe beisteuerte und jede weitere Frage in Gottes, der Missionare
- 25 und der Kolonialherren Hand legte, noch eine vergleichsweise ehrliche Sache. Wenigstens gaben sie nicht vor, mehr zu wollen als ein armes nacktes Negerkind taufen oder einmal füttern zu lassen, um vor weiterer moralischer Selbst- oder Fremdbelästigung verschont zu werden. Heute tut man es öffentlicherseits nicht unter Schreckensglanzbildern und -berichten von verkrüppelten, vermodernden und verhungernenden Kindern - die sind nämlich immer ganz besonders unschuldig.
- 30 Und mit dem beiläufig genossenen Grusel setzt man das staatsbürgerliche Moralisieren oder die kopfschüttelnde Besserwuserei über solch „unhaltbare Zustände“ in Gang. Zielsicher spekuliert man also auf die theoretische Schaulust des Lesepublikums, das seine Vorurteile mit dem Argument ausstatten läßt, wenigstens bildlich dabeigewesen zu sein.
- 35 Staatlicherseits aber mag, seit die Hungerregionen ihr Elend souverän selbstverwalten, niemand mehr einen Erfolg darin sehen, daß einfach ein paar Armen in der "3. Welt" das Verhungern für eine Weile erspart wird. Und das nicht deshalb, weil damit die Ursachen des Elends nicht beseitigt werden, sondern weil man beliebt, die „armen unschuldigen Kinder“ für Staatsbürger zu erklären, die ein Anrecht darauf hätten, nur vermittels ihrer Herrschaft ganz „selbständig“ „sich selbst zu helfen“. Des Bürgers Spenden sind zwar gefragt, aber "nicht als Almosen zu verstehen"
- 40 (Carstens). Schließlich kann es einem Hungernden gar nicht recht sein, einfach etwas „geschenkt“

zu bekommen, zeigt man ihm doch damit, daß er ein Hungerleider ist, der es selber zu nichts bringt. So besehen ist es nachgerade ein Anschlag auf die Würde eines Drittwelt-Menschen, ihm einfach was zu, essen zu geben. Und zum Beleg dafür läßt man sich dann auch das Argument einfallen, daß die mickrigen “Direktmaßnahmen” den Hunger ja nicht aus der Welt schaffen.

5 Gegen ‚Hilfe‘ will damit natürlich niemand etwas gesagt haben, nur echte soll es sein, und echt wird sie ausgerechnet, wenn man statt den Armen ihrer Herrschaft unter die Arme greift:

10 “Was die ‚direkte‘ Bekämpfung der Armut angeht, so warnt der Brandt-Bericht davor, daß ‚Entwicklungshilfe nur noch begrenzte Projekte finanzieren sollte, die direkt und unmittelbar (wie begrenzt!) den Armen in Stadt und Land zugute kommen‘. Das im ‚Prioritätsprogramm‘ angeführte Stichwort ‚vorrangige Bedürfnisse der Ärmsten‘ bezieht sich nicht auf die armen *Menschen*, sondern auf die ärmsten *Länder* und *Regionen*.” (Neue Züricher Zeitung vom 21.8.80; Hervorhebung im Original!)

Da werden sich die Verhungerten sicher bedanken für soviel Respekt vor ihrer Souveränität und volkswirtschaftlichen Entwicklungsfähigkeit!

15 ***Hebung des Wohltands durch Steigen der Sterblichkeit***

Seine menschenfreundlichen Seiten entfaltet dieser Standpunkt aber erst so richtig, wo sich Wissenschaftler zur Staatsberatung hier und dort aufgerufen fühlen und auf Kosten der “Hungerhilfe” die Humanität auf eine solide Volkswirtschaftslehrobasis stellen. Sie nutzen die Freiheit der Wissenschaft, um sich falsche Erklärungen des Elends aus- und dann das Politikerurteil zuendezudenken. Die Erklärung ist so einfach wie dumm: Es gibt zuviel Leute, weil es zuwenig Erde gibt - und umgekehrt:

25 “Stellen wir uns eine Bevölkerung vor, die ein gewisses Gebiet bewohnt. Bei gegebenen Naturschätzen und bei gegebenem Stand der Technik und der Kenntnisse wird von dieser Bevölkerung ein bestimmtes Einkommen erzielt. Unsere Bevölkerung hat bereits ihr Optimum überschritten, d.h. bei gegebenem Kapital (womit ich sowohl die Naturschätze, die technischen Einrichtungen als auch die Fähigkeiten der Arbeitsbevölkerung bezeichne) würde eine kleinere Bevölkerung ein höheres Einkommen erzielen; eine größere hingegen müßte auf einem tieferen Niveau des Wohlstands leben als unsere Ausgangsbevölkerung...

30 Jede Zunahme der Bevölkerung führt somit zu einer Senkung des Einkommens. Jede Abnahme führt umgekehrt zu einer Zunahme des Einkommens.” (Entwicklungsländer, Hrsg. Bruno Fritsch, S. 241 f.)

Erstens übersieht er vornehm die Unterschiede im Einkommen (also die Produktionsverhältnisse) und leistet sich die lächerliche Vorstellung “Sozialprodukt” bzw. “Volkseinkommen dividiert durch Bevölkerung = Wohlstand der Bevölkerung”, so als ob die Regierung jährlich das Sozialprodukt selbstlos und gleichmäßig unter Volk verteilen würde. Zweitens erklärt er die Produktionsbedingungen, also den Stand des Umgangs mit der Natur, für eine quasinatürliche, konstante Größe. Er verbucht die zusätzlichen bzw. weniger Leute nur auf der Seite “Einkommen” und läßt sie auf der Seite “Kapital” (meint bei ihm ja die Mittel der Produktion) geflissentlich unter den Tisch fallen. Fragt sich nur, wieso mehr Leute nicht mehr produzieren können sollen, weniger aber dasselbe. Drittens streicht er aus den “gegebenen Produktionsmöglichkeiten”, die die Anzahl der Leute zum Grund für ihre Einkommenshöhe machen noch den Menschen raus, und landet so bei der Umkehrung. Zu viele Leute sind es, weil die Produktionsbedingungen gegeben

sind, also nach dem “Malthusschen Gesetz von der begrenzten Ertragsfähigkeit der Erde” (ebd.) eine natürliche Schranke die Steigerung der Produktion nicht zuläßt. Ausgerechnet Menschen, die ansonsten dauernd mit der Rechnung hausieren gehen, wieviele “ungenutzte Ressourcen” auf unserer Erde rumliegen, appellieren an die Vorstellung, daß alles endlich ist, um ihre Tautologie
5 plausibel zu machen, daß es zuviel Leute auf der Erde gibt, weil es zuwenig Erde für die Leute gibt.

Der wissenschaftlich fundierte Hilfsvorschlag zeigt dann allerdings unmittelbar, daß es der Theorie nur darum ging, das steigende Massenelend als einen *Störfaktor* zu behandeln, den man am besten nicht mit der Beseitigung des *Hungers*, sondern der *Hungernden* ausräumt:

10 “Eine ‚Steigerung der Sterblichkeit‘ würde sofort zur Hebung des Wohlstands führen” (was man zweifellos an der ungeheuren Wohlstandszunahmen den Ländern sehen kann, wo immer mehr Leute sterben!); “es ist jedoch nicht denkbar, daß irgendeine demokratische Regierung - in Friedenszeiten - diesen Weg einschläge. Eine *Senkung der Sterblichkeit* hingegen muß immer zur Senkung des Wohlstandes führen und - im Endergebnis - sich selbst aufheben.” (ebd., S. 245;
15 Hervorhebungen im Original)

Man sieht, der Phantasie in Sachen, die unnützen Armen sollen gefälligst aus der Welt sind keine Grenzen gesetzt, weil sich der Ökonom in Sachen ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ wissenschaftlich ganz frei macht von den Schamgrenzen der üblichen Moral, welche die staatliche Politik in Sachen Krieg und Verhungernlassen begleitet.

20 **Die Dealer mit der Nahrungsmitteldroge**

Der Ökonomen Volksvernichtungsgeist, die ökonomische Neuauflage des bewährten Programms zur “Vernichtung unwerten Lebens” kann sich allerdings auch ‚realitätsnäher‘ und mehr am Handeln der Staaten ‚in Friedenszeiten‘ ausgerichtet betätigen. So hat eine ökonomische Studie
25 eines schwedischen Instituts “im Zuge einer allgemeinen Abneigung gegen Direktmaßnahmen” endlich den längst fälligen theoretischen Schluß gezogen, daß die “Hungerhilfe”, weil keine Entwicklung der Staaten, der Grund für die ‚Unterentwicklung‘ sei, deretwegen die Leute angeblich verhungern. Das Ergebnis ist, daß zuviel von den angeblich selbstlosen humanen Geschenken das Inhumanste sind, weil sie die Souveräne da unten zum Verstoß gegen alle
30 volkswirtschaftlichen ‚Versorgungsmodelle‘ animiert, welche die Ökonomen hier sich für diese Länder ausdenken:

35 “Die Schuld an solch ungesunder Entwicklung liegt aber keineswegs ausschließlich auf der Seite dieser Länder... Die Kritik am ‚selbstgemachten Hunger‘ fällt... weitgehendst auf uns, die ‚Dealer‘ mit der Droge Nahrungsmittelhilfe, zurück.” (Neue Züricher Zeitung vom 21.9.80)

“Man ist sich in Dacca sicher, daß die internationale Gemeinschaft Hungerkrisen in Bangladesch nicht zulassen wird” (bekanntlich bekommen alle Bangladescher ihre Futterration von Milch und Butterberg frei Haus geliefert!), “und man hält es für leichter, auf diplomatischem Weg
40 Schiffsladungen von Getreide anzufordern...; Nahrungsmittelhilfe hat... die Regierung in die Lage versetzt, ihre Politik der Vernachlässigung der Landwirtschaft und Bodenreform fortzusetzen, eine

Politik, welche die Regierung gezwungen hat, sich immer stärker auf Nahrungsmittelimporte zu verlassen.” (Neue ZÜRcher Zeitung vom 27.8.80)

5 Daß die Regierung süchtig danach ist, ihr Volk mit Brot zu versorgen und deshalb selbst nichts gegen die Not tut, belegt man am besten damit, daß die Zahl der Hungernden beständig steigt und die Regierung in Dacca ganz andere Zwecke hat, als ihr Volk vor dem Hunger zu bewahren:

“Das Rationierungssystem... kommt vor allem der Mittelklasse - und zwar in den Städten - zugute. Nur 10 % der im Rahmen dieses Systems verteilten Nahrungsmittel erreichen die Armen und Notleidenden.” (ebd.)

10 “Ein erheblicher Teil des Staatshaushalts wird finanziert, indem die Behörden das Getreide, das ihnen geschenkt wird, an die Bürger verkaufen wenn auch zu Vorzugspreisen. Die Regierung versorgt aus politischen Gründen zunächst einmal das Militär, die Staatsangestellten und die städtische Bevölkerung.” (Süddeutsche Zeitung vom 10.10.80)

15 Ausgerechnet die Tatsache, daß der größte Teil der ‚Nahrungsmittelhilfe‘ von der Regierung zur Finanzierung und Stabilisierung ihrer Herrschaft abgezweigt wird, ist also der beste Beweis, daß man dort nur deshalb nichts Rechtes für die Armen tut, weil man durch die Droge “Hungerhilfe” davon abgehalten wird, das Volk zu versorgen. Und dieselbe Tatsache heißt bezüglich der edlen Spenderstaaten, die seelenruhig zusehen, wie ihre Geschenke von den Politikern verwendet werden, nicht, daß sie mit der “Hungerhilfe” die dortige Herrschaft entscheiden läßt, wen sie mit 20 Nahrung und wie sie sich mit Geld versorgt. Die hiesigen Staaten sind vielmehr *z u edel*, so daß sie mit ihrem guten Zweck scheitern. Für beides gibt es gute Ökonomengründe.

Satt durch Preispolitik

25 Daß z.B. in Mali so viele verhungern, weil zu wenig verhungern, leuchtet nämlich sofort ein, wenn man den Hunger als Ausdruck einer verfehlten *Agrarpreispolitik* betrachtet:

30 “Die Hauptursachen für die Lage sind eindeutig; einerseits eine Preispolitik, welche die Bauern davon abhält, der gesetzlich vorgeschriebenen Pflicht zur Ablieferung ihrer Erzeugnisse an die Regierung ausreichend nachzukommen” (wovon die Armen sicher 90% bekommen hätten). “Die Regierung sah bisher jedoch keine Veranlassung zu einer vernünftigen, die Erzeugung und Ablieferung stimulierenden Preispolitik, zumal sie von Preiserhöhungen Unruhe bei den Konsumenten befürchtet.” (Neue Zürcher Zeitung vom 23.7.80)

35 Die Lüge, der ‚Preismechanismus‘ sei eine sinnreiche Erfindung zur Versorgung der Menschheit mit ausreichenden Konsumtionsmitteln, gewinnt in ihrer Anwendung auf die “armen Länder” einige neue Originalität. Der revolutionäre Vorschlag lautet schlicht: Das Getreide für die Armen unerschwinglich machen, so daß dann die “Erzeugung stimuliert” wird und die Armen ganz viel billiges Getreide bekommen. Dabei reden die Ökonomen gar nicht über die Zustände dort unten. Dort sind nämlich erstens die Erzeugerpreise niedrig *und* die Konsumentenpreise hoch, weil die Regierung aus dem knappen Getreide (billiger Zwangsaufkauf, teurer Verkauf) ein Geschäft macht und außerdem nur die Leute alimentiert, auf die es ihr ankommt. Von wegen - zweitens - 40 ”Erzeugung und Ablieferung stimulieren”. Wo ein Großteil nur zur Selbstversorgung produziert, steht er zu dem von der Regierung inszenierten Markt nur in der Beziehung, daß er entweder gar

nichts damit zu tun hat, weil er keine Überschüsse anzubieten hat (es sei denn sie werden ihm zwangsweise vom Notwendigen abgenommen), oder sie verkaufen, was sie für überschüssig halten, um sich davon das Notwendigste kaufen zu können, wobei die Kalkulation der Regierung dafür sorgt, daß sie billig bezahlt werden und teuer bezahlen müssen. Diese Bauern, selbst wenn sie nicht wie in Bangladesch die Hälfte ihrer Erträge an die Großgrundbesitzer abführen müssen, haben also drittens auch gar nicht die Freiheit, ihre Produktion wegen mangelnder Rentabilität einzustellen, oder nach kapitalistischer Logik in eine rentablere Sphäre zu wechseln. Sie können froh sein, wenn die Ernte reicht, um im nächsten Jahr nicht zu verhungern. Viertens ist das fruchtbare Land in der Hand von Plantagenbesitzern, die meist für den Export produzieren und die Bauern drängen sich auf schlechten, für ihre rückständigen Produktionsmethoden nicht raum- und/oder qualitätsmäßig ausreichenden Boden zusammen - Tatsachen, die durchaus täglich der Presse zu entnehmen sind. Über die Sorge, "Unruhe bei den Konsumenten" vermeiden zu müssen, ist diese Regierung also fünftens ganz schön erhaben: Sie setzt den Bauern Bedingungen vor, die für sie das todsichere Elend bedeuten, und sorgt gerade dadurch dafür, daß unter den an der Herrschaft beteiligten und daher für ihre Stabilität entscheidenden "Konsumenten" keine Unruhe aufkommt.

Aber Ökonomen lassen sich durch sowas nicht davon abbringen, ihr Modell: Knappheit, weil nicht knapp = teuer genug, um viel = billig zu Ende zu führen. "Die reichlich gewährte Nahrungsmittelhilfe, ist nach der Studie mitverantwortlich für die gegenwärtig ernste Lage. Das ‚Hineinpumpen‘ von importiertem Getreide hat einen negativen Preiseffekt, welcher dämpfend auf die heimische Produktion wirkt." (Neue Züricher Zeitung vom 27.8.80) "Den Erzeugern in den Entwicklungsländern werden so die Märkte durch kostenlos angelieferte Nahrungsmittel blockiert." (Neue Züricher Zeitung vom 21.7.80) Der Ökonom macht's möglich: Die 10% Hungerhilfe, die laut Studie die Hungernden tatsächlich erreichen, blockieren einen Markt, der keiner ist. Und die zu "Vorzugspreisen" ans Militär und zahlungsfähige Konsumenten vergebenden restlichen 90% senken nicht die Kosten zur Aufrechterhaltung der Herrschaft und statten den Staat mit zusätzlichem Volkseinkommen aus, sondern sind ein Posten, mit dem "den wirklichen Interessen der Defizitländer nicht gedient" ist.

Imperialistische Hungerökonomie

Aber diese "wirklichen Interessen" sind ja nur das Modell des Ökonomen von einem idealen Entwicklungsland, das die lästigen Armen und seine Defizite mit einem Schlag erledigen soll. Mit seinen üblichen Ideologien über den Gang der kapitalistischen Ausbeutung hier empfiehlt er diesen Ländern deshalb auch eine Entwicklung, die mit dem "Fortschritt der Industrienationen" nichts gemein hat.

Es soll ja eine ordentliche Hungerökonomie sein:

- Hierzulande diskutiert man die Frage, ob das Kinderhecken mehr gefördert werden soll oder "mein Bauch mir gehört" bzw. für die Frau Beruf vor Familie geht oder umgekehrt, und Ökonomen rechnen den Beitrag der Hausarbeit zum Bruttosozialprodukt aus. Die durchgesetzte Benutzung des Volkes zur Vermehrung des Reichtums der Nation macht die Frage nach dem optimalen Bevölkerungswachstum zu einer mehr oder weniger akademischen, weil die Freiheit zu arbeiten oder/und Kinder zu kriegen beides in ausreichendem Maße

gewährleistet. Ökonomen drücken den geltenden Standpunkt der nützlichen Armut in dem schönen Gegensatz aus, daß immer zuviel Bevölkerung vorhanden ist, wenn es um den Konsum der angeblich so knappen Güter geht, immer zu wenig aber, wenn es um die Vergrößerung des gar nicht so knappen Reichtums geht. Dagegen sieht sich die "Dritte Welt" einfacher an: Dort findet eine "Bevölkerungsexplosion" statt, und die Freiheit, über sein ,Familienglück' selbst zu entscheiden, steht nicht zur Debatte, weil eine drastische Reduktion der Bevölkerung nötig ist. - Man attestiert also den dortigen Staaten, daß sie nicht in der Lage sind, die Armut wie hierzulande Reichtum in den Händen der Besitzenden schaffen zu lassen, und empfiehlt ihnen deswegen, ihr Volk als Kaninchenplage zu behandeln. Das soll ihr Fortschritt auf dem "Weg ins industrielle Zeitalter" sein.

- Während hierzulande die Supermärkte alt aussähen, würden die Lebensmittelimporte eingestellt, und geläufig ist, daß eine Förderung der Landwirtschaft dazu da ist, sie profitlich zu machen, empfiehlt man den "Entwicklungsländern" ihre Landwirtschaft für die Selbstversorgung auszubauen und es dadurch zu nationalem Reichtum zu bringen.
- Während hierzulande eine Produktion auf dem höchsten technischen Niveau als Garant von "unser aller Wohlstand" gilt, also die Beherrschung der Natur und Entwicklung der Produktivkräfte dafür benutzt wird, mit möglichst wenig Arbeitern möglichst viele Waren zu produzieren, die Profit abwerfen, sollen es die Länder der "Dritten Welt" mit dem bloßen massenhaften Einsatz ihrer Hungernden in "arbeitsintensiven Industrien" nicht nur zu mehr Wohlstand und einer Sanierung der Staatsfinanzen, sondern auch zur Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten und zu Kapital bringen.

Das Ideal einer ordentlichen Armuts-Reichtumsproduktion

Diese phantasievollen Gedankensspielereien mit einem Wirtschaftsmodell, das Hungersnöte beseitigt und gleichzeitig die Finanzprobleme des Staates löst - so als ob derselbe Wirtschaftsfachmann keine festen Prinzipien hätte, wie Reichtumsproduktion geht und nicht wüßte, daß diese Staaten ihren Haushalt aus dem Anteil der Reichtumsproduktion woanders bestreiten, der sie ihre für sie selbst unbrauchbaren Naturschätze zur Verfügung stellen --, geht zwar für keine der beiden Seiten auf. Das stellt einen Ökonomen allerdings nicht vor das Entscheidungsproblem zwischen eingebildetem Staatsnutzen, weil er ja längst etwas ganz anderes entschieden hat. Er wollte nämlich mit diesem Ideal einer ordentlichen Armuts-Reichtums-Produktion dort unten nur gesagt haben, daß diese Länder nicht glauben bräuchten,

"jährliche Nahrungsdefizite seien ein konstanter Faktor und müßten regelmäßig durch Zuschüsse aus Übersee ausgeglichen werden". (Neue Züricher Zeitung vom 21.8.80)

Das Entwicklungsprogramm verdankt sich also dem negativen Kriterium, diese Länder sollten ihre Funktionalität für die imperialistischen Nationen - sich als herrschaftlich geschützte bloße Naturvoraussetzung für die kapitalistische Akkumulation in anderen Staaten zu erhalten - ganz selbständig und ohne Kosten für diese Staaten wahrnehmen. Weil es sich aber um souveräne Staaten handelt und Volkswirtschaftler Fanatiker einer staatsnützerischen Ökonomie sind und sich außerdem auf der Höhe der imperialistischen Zeit befinden, kleiden sie diese Beschwerde über den Preis, den ,wir' für das hiesige Wachstum an deren Herrschaft zahlen, in das Modell eines ganz vernünftigen, ganz zukunftssträchtigen "wirklichen Interesses" der ,Entwicklungsländer' selber, dem eine andere Entwicklungshilfe angemessener wäre:

“Es sollte die Umwandlung zumindest von Getreide in Treibstoff gefordert werden... Dieser sollte den ärmsten der armen Länder kostenlos als Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt werden.” (Neue Züricher Zeitung, 21.8.80)

Da bleibt nur noch eine Erklärung für das unökonomische Verhalten der Geberländer - die sind ihrem weichen Herzen zum Opfer gefallen:

“Ein stetiger Zustrom von Entwicklungshilfe verursacht also tendenzielle Verzerrungen in der Produktionsstruktur des Empfängerlandes, deren soziale Kosten teilweise die erhoffte Wirkung der Hilfe aufheben... Die längerfristigen Erträge der Entwicklungshilfe sind ungewiß; die Argumentation mit solchen Erträgen beinhaltet nicht selten den Versuch, rein humanitär motivierte Transfers ökonomisch zu rationalisieren... In der Realität ist daraus (aus der Hilfe zur Selbsthilfe) in vielen Fällen eine Daueralimentation geworden; wie die Dinge liegen - die Mehrheitsverhältnisse in den Vereinten Nationen wie die Opferbereitschaft der Industrieländer -, ist ein Ende überhaupt nicht abzusehen.” (Glismann, Horn, Nehring, Vaubel: Weltwirtschaftslehre, S. 164, 166, 175 f.)

Ein Vorwurf, der zwar in erfrischender Offenheit die Gleichung Nationalreichtum = Versorgung durchstreicht, den die Geberländer aber nicht auf sich sitzen zu lassen brauchen. Denn die brutale Begeisterung für eine ganz eigenständig Volkswirtschaft dort unten, die ganz auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft hier eingerichtet wäre, übersieht einfach, wie ökonomisch diese Hungerhilfekosten für die Souveräne dort unten und damit auch für hier sind.

Respekt vor der Selbstverwaltung des Elends

Der Grund für die öffentliche Kritik an der Hungerhilfe - sie ist kein ausnahmsweiser Samariterdienst, sondern inzwischen ein fest eingeplanter Posten der Entwicklungshilfebilanz - beweist ja, daß sich mit dem wachsenden und regelmäßig zu offiziellen ‚Katastrophen‘ anschwellenden Massensterben leben läßt, wenn man dafür sorgt, daß es den “befreundeten” Staaten nicht zum Problem wird.

Der Preis für die Tatsache, daß es in diesen Ländern gerade keinen Zusammenhang zwischen Nationalreichtum und Volkseinkommen gibt, weil das hungernde Volk für ihn nicht brauchbar ist, wird deshalb auch nicht gezahlt, um diese Länder zu Selbstversorgern zu machen, sondern um ihnen den Hunger nicht zum herrschaftsgefährdenden Problem werden zu lassen. Das Ergebnis stellt die Träume eines Ökonomen in puncto Brutalität und Effektivität locker in den Schatten. Denn die ohne jede Bedingungen gegebenen Mittel werden ganz der Verfügung der dortigen Souveräne überlassen, weil man damit kein Geschäft machen, sondern von denen eine Geschäftsgrundlage erhalten lassen will: Die Funktionstüchtigkeit ihrer Herrschaft. Und solange diese Länder sich dieser Unterstützung dadurch würdig erweisen, daß sie nur durch dauerndes Massensterben auffallen, während man anderswo mit “sozialen Konflikten” aufzuräumen hat, bleiben die Kosten niedrig. Und solange gewährt man diesen Ländern auch die Freiheit, diese Mittel zur Stabilisierung der Herrschaft gleich direkt ins Staatssäckel und an die staatstragende Minderheit fließen zu lassen und sich damit die Möglichkeit zu erhalten, auf die Millionen Verhungerner keinerlei staatliche Rücksicht nehmen zu müssen. Es sei denn es handelt sich um die vietnamesische Regierung, bei der man lieber die Kampucheahilfe streicht, als sich der Gefahr auszusetzen, daß sie dasselbe machen könnte. Mit diesem ziemlich unbedingten Respekt vor der Selbstverwaltung des Elends, das sich für nichts gebrauchen läßt, sorgt also die zivilisierte Welt

dafür, daß die wachsende Zahl von Menschen, die nur geboren werden, um zu verhungern, ein Abfallprodukt der Beziehungen bleibt, die man zu diesen Staaten als bloßen souveränen Naturquellen des privaten und staatlichen Reichtums hier hat. Das heißt allerdings nicht, daß in der Frage, wo denn nun die vorrangigen Probleme einer solchen Regierung liegen, nicht auch einmal Meinungsverschiedenheiten existieren: So ein Hungerleider-“Partner” bekommt auch schon mal mehr Getreide und weniger Waffen, als ihm lieb wäre, weil seine Elendsordnung nach innen wichtiger ist als seine Bewegungsfreiheit nach außen. Und anderen - wie Nicaragua -, die sich mit dem Ansinnen an den Westen wenden, ihre Massen nicht einfach der Hungerhilfe ausliefern zu wollen, sondern sie als nützliches Volk zu behandeln, werden die Nahrungsmittelhilfen gekürzt, um den Staat mit dieser Erpressung zu einer genehmen Rücksichtslosigkeit gegenüber seiner Bevölkerung und zu mehr Entgegenkommen gegenüber dem Westen zu veranlassen. Das alles ist echte Hilfe!